

Kati Mühlmann, Hessischer Jugendring e.V.

Input: Forderungen an die Politik für echte Jugendbeteiligung

Jugendbeteiligung, also die Partizipation junger Menschen ist ein weites Feld und reicht in ihren unterschiedlichen Formen in sämtliche jugendlichen Lebenswelten. Nicht nur die Politik, auch Kindergarten, Schule, Verein, Jugendgruppe und privates Umfeld geben Raum für Partizipation – oder eben nicht.

Ich möchte den Fokus in der relativ knappen Zeit auf die Jugendbeteiligung im öffentlichen Raum, speziell auf die politische Partizipation – und da besonders auf die kommunale Ebene – setzen.

Dem Titel des Vortrags folgend, will ich dabei auch die Gelegenheit nutzen, um darzulegen, was aus Sicht der Jugendverbände und aus Sicht des Hessischen Jugendrings zu echter Jugendbeteiligung dazugehört. Daraus ergeben sich in der Tat Forderungen an die Politik.

Gliederung

Diese Forderungen stehen am Ende meines Vortrags, den ich mit einer kurzen Begriffsklärung beginnen möchte. Im Anschluss möchte ich den Begriff Partizipation etwas konkretisieren, auch schon mit dem Blick konkret auf Jugendbeteiligung: Welche Stufen der Partizipation gibt es, was sind mögliche Formen und Felder der Beteiligung. Zumindest kurz möchte ich darauf eingehen, welche Rolle das Internet in diesem Kontext spielt – Stichwort ePartizipation. Als nächstes möchte ich Ihnen zumindest die wichtigsten Argumente für mehr echte Jugendbeteiligung nahebringen. Danach möchte ich aufzeigen, welche Kriterien wir ansetzen, um von erfolgreicher, echter Jugendbeteiligung zu sprechen, bevor ich dann mit den zentralen Forderungen schließe.

Zunächst zum Begriff Partizipation

Schon im Wort selbst ist ein Aspekt versteckt, der Jugendbeteiligung aus Sicht vieler Erwachsener so schwierig macht: Im Deutschen gibt es eine Vielzahl an Begriffen, die Partizipation umschreiben, aber nicht unbedingt dasselbe meinen: Beteiligung, Teilhabe, Teilnahme, Mitwirkung, Mitbestimmung, Mitsprache usw. Sie alle haben den gleichen Grundgedanken: „jemanden mitmachen zu lassen“, doch Partizipation geht weiter.

Der etymologische Ursprung des Wortes „partem capere“ heißt wörtlich übersetzt „einen Teil (weg)nehmen“. Übertragen auf den gesellschaftlich-politischen Kontext bedeutet das, einen Teil der Gestaltungsmacht an sich zu nehmen. Im Umkehrschluss muss jemand anderes ein Stück seiner Macht abgeben. Partizipation von Kindern und Jugendlichen wirklich auszubauen, heißt damit auch, die Macht Erwachsener einzuschränken.

Je nach Umfang der Gestaltungsmacht, die jungen Menschen übertragen wird, lassen sich unterschiedliche **Partizipationsstufen** unterscheiden. Dabei stellen die untersten Stufen – Fremdbestimmung, Dekoration, Alibi-Teilhabe – eigentlich keine Partizipation, sondern eine Farce davon dar, während die höchste Stufe – die Selbstverwaltung bzw. Selbstorganisation – über den Partizipationsbegriff hinausgeht.

Stufe	Kurzumschreibung	Das heißt ...	Beispiele
Selbstverwaltung, Selbstorganisation	Jugendliche verfügen über völlige Autonomie bei ihren Entscheidungen.	Kinder und Jugendlichen haben völlige Entscheidungsfreiheit über das Ob und Wie eines Angebotes und handeln aus eigener Motivation. Entscheidungen werden den Erwachsenen lediglich mitgeteilt.	Jugendverband
Selbstbestimmung	Jugendliche entscheiden selbst, Erwachsene haben eine unterstützende Rolle.	Auf dieser Stufe wird z.B. ein Projekt von den Kindern und Jugendlichen selbst initiiert. Diese Eigeninitiative wird von engagierten Erwachsenen unterstützt oder gefördert. Die Entscheidungen treffen die Kinder und Jugendlichen selbst; Erwachsene werden gegebenenfalls beteiligt und tragen die Entscheidungen mit.	
Mitbestimmung, Beteiligungsrecht	Jugendliche tragen Mitverantwortung in Teilbereichen.	Kinder und Jugendliche werden bei Entscheidungen tatsächlich einbezogen. Die Idee des Projektes kommt von Erwachsenen, alle Entscheidungen werden aber gemeinsam und demokratisch mit den Kindern und Jugendlichen getroffen.	Projekte kommunaler Stadtteilentwicklung mit verankerten Beteiligungsrechten
Mitwirkung	Jugendliche können sich durch Anregungen oder Kritik beteiligen, die endgültige Entscheidungskompetenz liegt aber bei den Erwachsenen.	Indirekte Einflussnahme durch Interviews oder Fragebögen: Bei der konkreten Planung und Realisation einer Maßnahme werden Kinder und Jugendlichen angehört oder befragt, haben jedoch keine Entscheidungskraft.	Projekte kommunaler Stadtteilentwicklung
Zugewiesen, aber informiert	Projekte sind von Erwachsenen initiiert, Jugendliche sind aber über Inhalt und Partizipationsmöglichkeiten hinreichend informiert.	Ein Projekt ist von Erwachsenen vorbereitet, die Kinder und Jugendlichen sind jedoch gut informiert, verstehen, worum es geht, und wissen, was sie bewirken wollen.	Schulprojekte zu unterschiedlichen Themen
Teilhabe	Jugendliche können abgesehen von der Teilnahme an einem Vorhaben auch sporadisch ihre Meinung äußern.	Kinder und Jugendliche können ein gewisses sporadisches Engagement der Beteiligung zeigen.	wie Alibi-Teilhabe, nur mit erweiterten Teilhabemöglichkeiten
Alibi-Teilhabe	Jugendliche werden „scheinbar“ beteiligt, besitzen aber faktisch keine Gestaltungsmacht.	Kinder und Jugendliche nehmen an Konferenzen teil, haben aber nur scheinbar eine Stimme mit Wirkung. Die Kinder und Jugendlichen entscheiden jedoch selbst, ob sie das Angebot wahrnehmen oder nicht.	Hierunter können Vereinsveranstaltungen, Stadtteilgremien aber auch Kinderparlamente fallen.
Dekoration	Jugendliche dienen lediglich als Beiwerk.	Kinder und Jugendliche wirken auf einer Veranstaltung mit, ohne genau zu wissen, warum sie dies tun oder worum es eigentlich geht.	Singen oder Vortanzen auf einer Erwachsenenveranstaltung
Fremdbestimmung	Jugendliche werden gezielt gelenkt, um die Interessen von Erwachsenen durchzusetzen.	Nicht Beteiligung sondern Manipulation: Sowohl Inhalte als auch Arbeitsformen und Ergebnisse eines Projektes sind hier fremd definiert. »Beteiligte« Kinder und Jugendliche haben keine Kenntnisse der Ziele und verstehen das Projekt selbst nicht.	Plakate auf einer Demonstration tragen

Quellen: Roger Hart (1992); Wolfgang Gernert (1993); Richard Schröder (1996)

2

Ich möchte an dieser Stelle nicht zu sehr ins Detail gehen, doch mit den roten Pfeilen will ich zumindest schon darauf hindeuten, dass die Beteiligung junger Menschen, wie sie heute in kommunalen Bezügen gedacht und organisiert wird, nicht immer den höchsten Ansprüchen gerecht wird.

Was die einzelnen Stufen voneinander abgrenzt, sind der Grad der Aufgeklärtheit und Informiertheit der jungen Menschen, die Möglichkeit ihrer Eigeninitiative, der reale Einfluss ihrer Meinung auf die endgültige Entscheidung, der Weg dieser Einflussnahme (direkt oder indirekt), der Anteil eigener Verantwortung. Das sind Punkte, die uns später, wenn es um die Kriterien echter Jugendbeteiligung geht, wiederbegegnen werden.

Formen der Partizipation

In der Politikwissenschaft werden Partizipationsformen nach verschiedenen Gesichtspunkten unterschieden und schematisiert. Die gängigste Unterscheidung ist die zwischen konventionellen (bzw. verfassten, d.h. gesetzlich garantierten und geregelten) sowie unkonventionellen (also nicht verfassten) Formen der politischen Partizipation.

Zu den konventionellen Partizipationsformen gehören vor allem die Wahlbeteiligung, die Mitgliedschaft in Parteien oder Interessenverbänden sowie die Übernahme von politischen Ämtern. Beispiele für unkonventionelle Partizipationsformen sind das Engagement in Bürgerinitiativen oder sozialen Bewegungen, die Initiierung von oder die Teilnahme an Petitionen, öffentliche Diskurse, Demonstrationen bzw. Proteste, Streiks, ziviler Ungehorsam.

Eine relativ neue Beteiligungsform ist die sogenannte *ePartizipation*, die durch die beinahe flächendeckende Nutzung des Internets und die neueren Entwicklungen des interaktiv geprägten Web 2.0 erst möglich wurde. Diese Form der Partizipation ist gleichzeitig breit und individualistisch sowie zeitlich und örtlich ungebunden.

Formen der Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene

Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit, habe ich hier mal einige Formen aufgelistet, wie Jugendbeteiligung im weitesten Sinne, also nicht nur politische Partizipation auf kommunaler Ebene aussehen kann.

- Beteiligung an Wahlen
- Partizipation und Engagement in Vereinen, Jugendverbänden, NGOs
- Repräsentative Beteiligung (Kinder- und Jugendparlament)
- Vertretung in Erwachsenengremien (Gemeinderat, JHA, Schulkonferenz etc.)
- Stellvertretende Formen (Kinderbüro, Kinder- und Jugendbeauftragte/r)
- Offene Formen (Kinder- und Jugendversammlung, Konferenzen, Sprechstunden)
- Arbeitskreise, Runde Tische

- Projektorientierte Formen (Top-down oder Bottom-up)
- Mediengebundene Formen (Kinderforen in Radio und TV, Zeitschriften)

Wie einflussreich, beteiligungsintensiv und erfolgreich diese einzelnen Partizipationsformen in der Realität dann sind, hängt stark davon ab, wie sie ausgestaltet sind, wie stark die Mitbestimmung strukturell verankert ist, ob die Stimme von Kindern und Jugendlichen allein einen „beratenden“ Charakter hat oder ob sie tatsächliche Gestaltungsmacht haben. Was bewirkt ein Beschluss eines Kinder- und Jugendparlamentes? Hat das Engagement des Kindes vor allem innerhalb der jeweiligen Struktur Wirkung wie z.B. in selbstorganisierten Jugendverbänden? Wie stark ist der Einfluss Erwachsener? Werden Projekte von Kindern initiiert, oder sind sie von Interessen Erwachsener gelenkt? Keine dieser Partizipationsformen ist per se „schlecht“, es geht darum, sie kinder- und jugendgerecht auszugestalten und ihnen gleichzeitig so viel Gewicht zu geben, dass junge Menschen, die sich beteiligen, mit dieser Partizipation auch etwas bewirken.

Felder der Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene

4

Kommen wir nun zu der Frage, wofür sich Kinder und Jugendliche einsetzen. Natürlich ist das vor allem auch eine Frage der eigenen Interessen. Und wie bei vielen Erwachsenen auch ist die konkrete, lebensweltbezogene Partizipation ausgeprägter.

Bei Kindern und Jugendlichen geht es (außerhalb der Schule) dabei vor allem um die Planung und Gestaltung vom Spiel- und Freizeiträumen, die allgemeine Stadtentwicklung sowie um das Vorhandensein und die Ausgestaltung von Freizeit-, Kultur- und Medienangeboten.

Das heißt, es gibt ein Gefälle bezüglich der Breite der Beteiligung: Je konkreter das Projekt, bei dem man mitbestimmen kann, je mehr Kreativität und Eigenaktivität gefragt und gefordert sind, je mehr Spaß und Lebensweltbezug vorhanden sind, desto stärker ist die Beteiligung.

Je abstrakter und „politischer“ die Partizipation ist, desto weniger interessant erscheint sie den meisten jungen Menschen. Allgemeine Politikprozesse (kontinuierliches Engagement in einem Gremium) sind also eher weniger reizvoll, was an ihrer Ausgestaltung liegen mag. Verallgemeinern lässt sich aber auch das nicht.

ePartizipation

An dieser Stelle möchte ich einen kleinen Exkurs machen in die digitale Welt, die für junge Menschen heute immer wichtiger und zentraler wird. Online, so heißt es, ist das neue Offline. Vieles, was nicht nur junge Leute noch vor wenigen Jahren offline, das heißt face-to-face, am Telefon, in der Bibliothek, auf dem Marktplatz oder im Kaufhaus taten, findet heute online statt. Man unterhält sich, chattet, präsentiert sich, tauscht Fotos, teilt News und den letzten Tratsch, spielt miteinander oder gegeneinander, diskutiert in Foren, tauscht sich aus, informiert sich, kauft ein, sagt seine Meinung und partizipiert.

Der Deutsche Bundesjugendring versteht ePartizipation zunächst einmal ganz wörtlich, als eine im und durch das Internet unterstützte Form der Partizipation. Dabei gibt es sehr verschiedene Formen der ePartizipation. Sie findet aktuell auf allen politischen Ebenen und in sämtlichen gesellschaftlichen Bezügen und Themenfeldern statt. Ein paar Beispiele für ePartizipation auf den unterschiedlichen politischen Ebenen stehen hier aufgelistet.

5

Europa	strukturiertes-dialog.de ypart.eu (Youthpart)
Bundesebene	ich-mache-politik.de dialog-internet.de
Landesebene	dingdeindorf.de nextvote.de
Kommunale Ebene	liquid-friesland.de frankfurt-gestalten.de

Ich kann aus Zeitgründen leider nicht näher auf die hier aufgezählten Beispiele eingehen, aber wer diese Beteiligungsforen bzw. Tools noch nicht kennt, dem sei ein Durchklicken ans Herz gelegt. Danach hat man zumindest einen groben Überblick, wie politische Partizipation online aussehen kann.

Argumente für mehr Jugendbeteiligung

Die Argumente für mehr Jugendbeteiligung haben ihren Ursprung in ganz verschiedenen Diskursen: Die Rechtswissenschaften reflektieren besonders auf die Menschen- und Bürgerrechte, die Politikwissenschaften auf die Demokratietheorien, die Zivilgesellschaft und das bürgerschaftliche Engagement und die Pädagogik auf Aspekte wie die Sozialisation, die Persönlichkeitsentwicklung und die politische Bildung.

Die Argumente, die ich im Folgenden aufzähle, sind ein sehr kleiner Ausschnitt. Sie gehören für mich aber zu den wichtigsten Gründen, Kindern und Jugendlichen mehr Partizipationsrechte- und -möglichkeiten einzuräumen.

1. Kinder und Jugendliche sollten dieselben Rechte wie Erwachsene haben. Die UN-Kinderrechtskonvention (1989) sieht Kinder als eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten, die fähig sind, ihre eigene Meinung zu bilden, und denen Beteiligungsrechte eingeräumt werden müssen.
2. Demokratie bedeutet: Die Macht geht vom Volke aus. Das sollte Kinder- und Jugendliche nicht ausschließen. Auch sie sind Mitglieder unserer Gesellschaft und sollten das Recht haben, sie aktiv mitzugestalten. Viele politische Entscheidungen haben direkt Einfluss auf das Leben junger Menschen, fast alle haben Einfluss auf die Zukunft unseres Landes.
3. Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Ein demokratischer Staat sollte danach streben, möglichst viele Mitglieder der Gesellschaft aktiv einzubinden und zu politischer Partizipation zu motivieren.
4. Eine breitere Beteiligung (inkl. der unter 18-Jährigen) steigert dem partizipatorischen Demokratieverständnis zufolge die Legitimität und Stabilität des politischen Systems.
5. Für junge Menschen bedeutet Partizipation darüber hinaus einen Lernprozess. So findet während der Partizipation nicht nur eine Willensbildung statt, Kinder und Jugendliche entwickeln dabei außerdem wichtige bürgerschaftliche Kompetenzen. Es wird vereinfacht gesagt „Demokratie gelernt“. Allerdings ist dieser Lernprozess nur möglich und nachhaltig, wenn es um reale Gestaltungsmöglichkeiten geht, denn die zentrale Erfahrung für junge Menschen ist die der Selbstwirksamkeit.

6

Argumente für mehr Jugendbeteiligung in der Kommune

Viele von Ihnen sind in der Kommunalpolitik verwurzelt, daher sind Ihnen die hier ausgezählten Argumente sicher aus der generellen Debatte um mehr Bürgerbeteiligung bekannt. Echte Jugendbeteiligung wertet die Kommune auf, denn mit Kinder- und Jugendfreundlichkeit lässt sich werben. Planungsvorhaben werden effizienter, wenn man Kinder und Jugendliche als Expertinnen und Experten in eigener Sache einbindet. Darüber hinaus wirkt Partizipation positiv auf die soziale Integration, fördert den

Gemeinsinn und stärkt die individuelle Verbundenheit. Das klingt jetzt etwas nach einer Werbekampagne, daher will ich hinzufügen, dass Jugendbeteiligung kein Mittel zum Zweck sein sollte, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Was macht nun echte Jugendbeteiligung aus, was sind die entscheidenden Kriterien?

Hierzu hat der Deutsche Bundesjugendring 2002 ein umfangreiches Positionspapier mit dem Titel „Mitwirkung mit Wirkung“ beschlossen, auf das ich hier besonders hinweisen möchte. Einige zentrale Punkte, die sich mit den Schlagworten Angemessenheit, Transparenz und Wirksamkeit zusammenfassen lassen, seien hier genannt.

Von zentraler Bedeutung ist, dass es tatsächlich etwas zu entscheiden gibt, dass die Beteiligungsformen flexibel und freiwillig sind, dass sie attraktiv sind (durch Lebensweltbezug, Altersangemessenheit und vielfältige Methoden), dass die jungen Menschen umfassend informiert sind, dass die Ziele, Prozesse und Ergebnisse der Beteiligungsformen transparent und nachvollziehbar sind, und dass es gelingt, die Ergebnisse tatsächlich umzusetzen. Im besten Fall ist das dadurch gesichert, dass die Beteiligungsformen und ihre Umsetzung strukturell verankert sind.

7

- Es gibt tatsächlich etwas zu entscheiden!
- Kinder und Jugendliche können sich direkt und indirekt beteiligen.
- Die Beteiligung ist freiwillig!
- Die Beteiligungsformen sind attraktiv – durch reale Gestaltungsmöglichkeiten, Lebensweltbezug, Altersangemessenheit und Methodenvielfalt.
- Kinder und Jugendliche sind umfassend informiert!
- Es herrscht Transparenz hinsichtlich der Entscheidungen und Ziele!
- Es gibt die Möglichkeit einer projektorientierten Partizipation!
- Die Ergebnisse der Beteiligung sind nachvollziehbar und erkennbar!
- Der Ergebnistransfer in die politischen bzw. Verwaltungsabläufe gelingt!
- Im Idealfall sind die Beteiligungsformen und die Umsetzung ihrer Ergebnisse strukturell verankert.

Kriterien für ePartizipation

Die Kriterien für ePartizipation sind dem ähnlich. Auch hierzu gibt es ein Positionspapier des DBJR, ein relativ neues aus dem letzten Jahr mit dem Titel „ePartizipation –

Beteiligung in und mit dem Internet“. Die Schlagworte lauten auch hier Angemessenheit, Transparenz und Wirksamkeit.

- **Angemessenheit**
(reale Gestaltungsmöglichkeiten, Lebensweltbezug, altersangemessen, Methodenvielfalt)
- **Transparenz**
(in Bezug auf Entscheidungen und deren Umsetzung, Aufklärung über Mitbestimmungsrechte, Informationsgleichstand)
- **Wirksamkeit**
(Ergebnistransfer in politische Entscheidungsabläufe, angemessene Budgetgestaltung)
- **Verbindung von Medienkompetenz und Partizipationsförderung**
(Reichweite, online/offline-Stützsyste, Medieneinsatz, Kompetenzerwerb)

Generell handelt es sich bei ePartizipation Jugendlicher allerdings um ein noch relativ neues Feld der Partizipationsforschung, dessen Fachdiskurs noch lang nicht abgeschlossen ist.

Forderungen an die Politik...

Diesem letzten Kapitel meines Vortrags habe ich das Motto vorangestellt: „Bewährtes stärken, Neues wagen“. Die Kurzfassung unserer Forderungen an die Politik ist selbsterklärend: die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an allen sie und ihre Lebenswelt betreffenden Entscheidungen.

Konkret bedeutet das: Junge Menschen müssen in die kommunalen und regionalen demokratischen Strukturen und Entscheidungsprozesse fest eingebunden sein. Die Strukturen der Beteiligung müssen kind- und jugendgerecht ausgestaltet sein.

Als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände ist uns vor allem die Stärkung der Jugendhilfeausschüsse ein wichtiges Anliegen. Sie haben sich als Ort der Beteiligung speziell auf dem Gebiet der Jugendhilfe, Jugendbildung und Jugendarbeit vor Ort bewährt und sollten dort, wo sie einen Bedeutungsverlust innerhalb der Kommunalverwaltung erlitten haben, neu gestärkt werden.

Die Hessische Gemeindeordnung und die Hessische Landkreisordnung schreiben klar vor, dass bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise zu beteiligen sind und hierzu über die gesetzlich vorgesehene Beteiligung der Einwohner hinaus geeignete Verfahren entwickelt und

durchgeführt werden. Wir fordern daher die Schaffung klarer Leitlinien zur Sicherstellung der Jugendbeteiligung in den Kommunen.

Die zu entwickelnden Strukturen sollten flexible und projektorientierte Beteiligungsformen bereithalten.

Insgesamt müssen sämtliche Institutionen des staatlichen Bildungssystems mehr demokratische Mitsprache der Kinder und Jugendlichen ermöglichen. Kommunen können hierzu ihren Beitrag leisten.

Eine allgemeine Forderung ist die Aufwertung und Intensivierung der politischen Bildung mit dem Ziel, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an demokratischen Prozessen und die Teilnahme an Wahlen zu fördern.

Damit sind wir bei der letzten Forderung angekommen, die ich hier nennen möchte: Die Absenkung des aktiven Wahlalters auf mindestens 16 Jahre. Der hjr fordert dies nicht nur für die Kommunalwahlen, sondern für alle Wahlen auf sämtlichen Ebenen, denn Entscheidungen, die Kinder und Jugendliche direkt und indirekt betreffen, werden auf allen Ebenen des politischen Systems getroffen. Es ist nicht begründbar, dass ihr politischer Einfluss auf eine dieser Ebenen begrenzt sein sollte. Es bleibt an dieser Stelle leider keine Zeit, darauf näher einzugehen. Aber die Argumente ähneln denen, die ich vorhin genannt habe, und Erfahrungen aus Bundesländern, die ihr Landeswahlrecht entsprechend reformiert haben, sprechen für sich und zeigen, dass die meisten Vorbehalte gegen eine Absenkung des Wahlalters unbegründet sind.

9

Verantwortung für Politik und Verwaltung

„Das Interesse von Jugendlichen an der Politik korrespondiert in hohem Maße mit der Glaubwürdigkeit, die sie politischen AkteurInnen zuschreiben. Partizipation eröffnet hier Erfahrungsräume, die positive Beziehungen zu demokratischen Formen der Interessenvertretung und Konfliktlösung ermöglichen. Diese Chancen dürfen nicht durch unzureichende Beteiligungsmodelle aufs Spiel gesetzt werden.“ (Aus: DBJR-Positionspapier „Mitwirkung mit Wirkung“, 2002.)

Dieses Zitat macht deutlich, dass der Anspruch, Jugend stärker zu beteiligen, mit einer hohen **Verantwortung für Politik und Verwaltung** einhergeht. Denn das politische Interesse und Potential demokratischer Partizipation korrespondieren mit der

Glaubwürdigkeit der Politik. Für Kinder und Jugendliche erwarten von der Politik, dass sie ernstgenommen werden. Beteiligungsmodelle, die die genannten Kriterien nicht oder nur unzureichend berücksichtigen, setzen die Entwicklung einer positiven Beziehung junger Menschen zu demokratischen Formen der Interessenvertretung aufs Spiel.

Abschließen möchte ich mit dieser **Zusammenfassung**, die die zentralen Thesen resümiert.

- Partizipation ist Gestaltungsmacht.
Kinder und Jugendliche sollten das Recht haben, die Gesellschaft und das Umfeld, in dem sie aufwachsen, aktiv mitzugestalten.
- Echte Jugendbeteiligung ist Mitwirkung mit Wirkung.
Sollen die positiven Aspekte der Jugendbeteiligung zum Tragen kommen, braucht es reale Gestaltungsmöglichkeiten, die weitestmöglich verfasst und strukturell verankert sind.
- Ohne Partizipation keine Zukunft.
Der Grad der Partizipation von Kindern und Jugendlichen gibt Auskunft über die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft. Denn sie sind die Demokratinnen und Demokraten von morgen.

Partizipation bedeutet Gestaltungsmacht. Echte Jugendbeteiligung ist eine Mitwirkung, die reale Wirkung zeigt und Veränderungen im Interesse von Kindern und Jugendlichen möglich macht. Und eine Gesellschaft sollte sich daran messen, wie viel Macht sie Kindern und Jugendlichen gibt. Denn sie sind die Demokratinnen und Demokraten von morgen.